



Mit Bürochef Card am 11. September 2001



Auf der Crawford-Ranch (2003)



Mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Abdullah (2005)



Mit Vertrauten Rice, Cheney, Rumsfeld (2004)



In einer Kirche



Beim Baseball



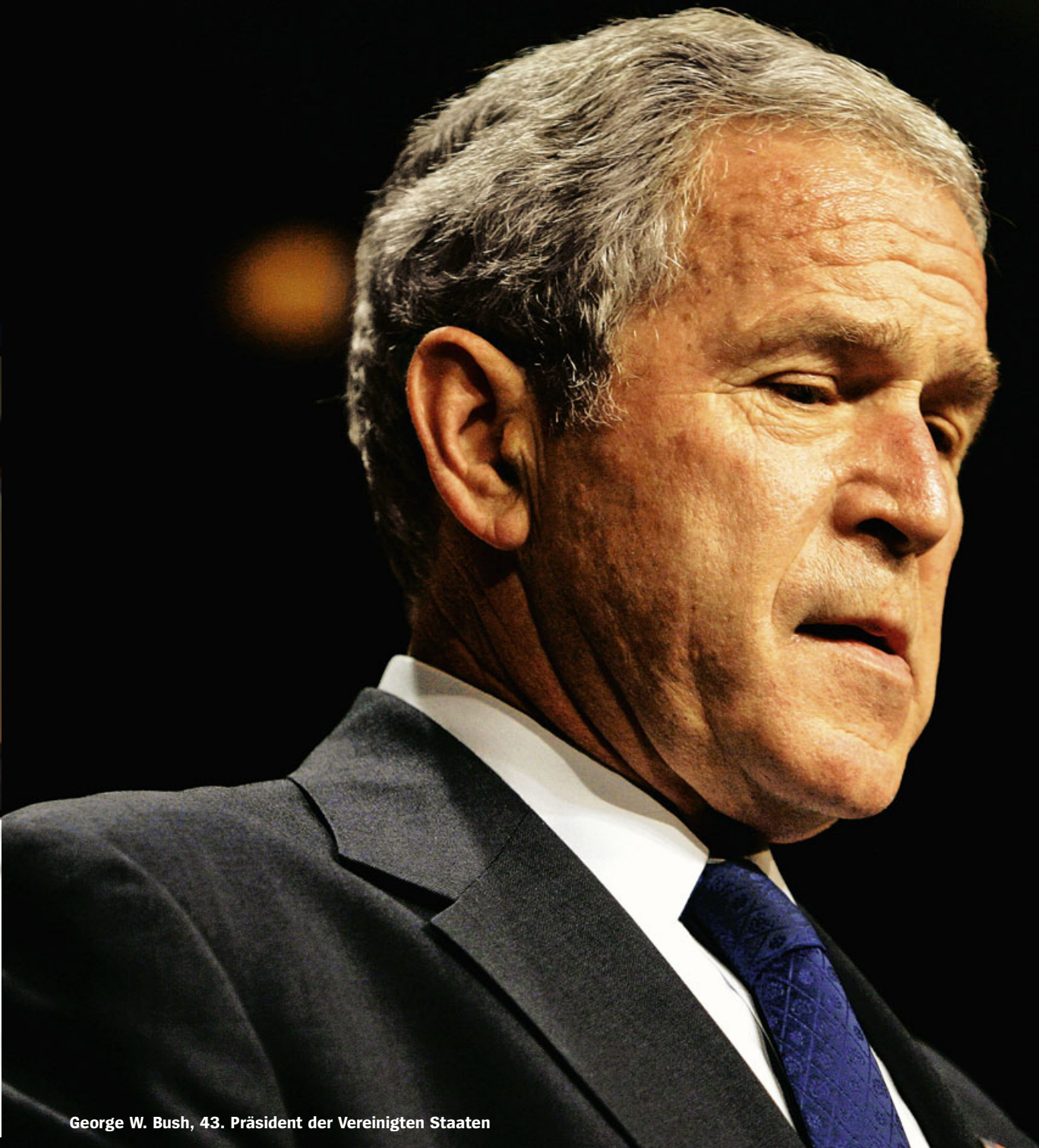
Von der Truppe umjubelt (im August)



Unterwegs mit dem „First Dog“

Der White House Blues

Die Bilanz der Ära George W. Bush ist verheerend: Die USA wirken wie eine Weltmacht im Niedergang. Aber nicht nur politisch und wirtschaftlich, sondern auch moralisch drohen sie ihre Führungsrolle zu verspielen. Was kann, was soll der Nachfolger im Weißen Haus tun? *Von Erich Follath*



George W. Bush, 43. Präsident der Vereinigten Staaten

WIN MCNAMEE / REUTERS; BROOKS KRAFT / CORBIS; BUCK / DPA; LUKE FRAZZA / AFP; WILLIAM PHILPOTT / REUTERS; DONALD MIRALLE / AFP; LARRY DOWNING / REUTERS; JASON REED / REUTERS; EVAN VUCCI / AP

Stolz meldet sich der chinesische Taikonaut Zhai Zhigang von seiner Raumkapsel und macht sich zu seinem ersten Spaziergang ins All auf: ein Durchbruch für das Raumfahrtprogramm der aufstrebenden Nation in Fernost. Präsident Hu Jintao strahlt, das Fernsehen berichtet live. Mit dem erfolgreichen Ausflug außerhalb der Kapsel hat die Volksrepublik als Weltraumnation in einem wesentlichen Punkt mit den USA und Russland gleichgezogen. Schon diskutiert Peking eine bemannte Expedition zum Erdplaneten: Der

Mond war einst ein Ami. Jetzt ist er bald auch ein Chinese.

Fast gleichzeitig auf der Erde, auf der anderen Seite der Weltkugel. Ein Finanzminister macht etwas höchst Ungewöhnliches: Er fällt verzweifelt auf die Knie. Der Republikaner Henry Paulson bittet die demokratische Parlamentschefin Nancy Pelosi, doch alles zu tun, damit das 700-Milliarden-Dollar-Rettungspaket für die US-Wirtschaft durchkommt. Die Vereinigten Staaten, so ist seine unmissverständliche Botschaft, stehen am Abgrund.

Das Weiße Haus, das Zentrum der amerikanischen Macht, der Welt-Macht, aber wirkt seltsam verlassen, als sei keiner zu Hause. Sorry, Pennsylvania Avenue 1600, Washington D.C., bleibt bis zur Renovierung vorübergehend geschlossen – und das Erstaunliche, beinahe hätte es keiner gemerkt. Jedenfalls hat den Hausherrn kaum einer vermisst. Ein fahriger, merkwürdig desinteressiert wirkender US-Präsident wendet sich dann doch noch mit einer Ansprache ans Volk. Selbst in diesen dramatischen Stunden hören ihm nicht viele zu.

Er verwaltet, er gestaltet nicht mehr.

„Die fundamentalen Daten unserer Wirtschaft sind stark“, hat der Präsident noch im August gesagt. Was könnte mehr Panik auslösen, als von George W. Bush beruhigt zu werden?

Die da oben, wir da unten: Selten ist der Niedergang einer Nation – und der Höhenflug einer anderen – so augenfällig dokumentiert worden wie durch die fast parallelen Ereignisse Ende September in Peking und Washington. Sicher, inzwischen ist das Hilfspaket verabschiedet (wenngleich in seinen Ausführungsbestimmungen von Paulson nach europäischem Vorbild revidiert und mit Peking abgesprochen); sicher, auch China wurde von der weltweiten Finanzkrise kräftig gebeutelt (wenngleich das dortige Wirtschaftswachstum mit seinem „Niedergang“ von fast zwölf Prozent im vergangenen auf geschätzte acht Prozent in diesem Jahr angesichts der amerikanischen Rezession beeindruckend bleibt).

Aber das ändert nichts am großen Gemälde vom tiefen Fall der USA: George W. Bush, 62, und seine Regierungsmannschaft haben dramatisch abgewirtschaftet. Zuallererst im eigenen Land – noch nie wurden für einen Präsidenten so niedrige Zustimmungswerte gemessen wie in den letzten Monaten für den derzeitigen Chef im Weißen Haus, zwischen 19 und 20 Prozent liegen sie derzeit. Mehr als vier von fünf Amerikanern glauben, die Nation sei „auf einem falschen Weg“. Und dann erst das Image beim „Rest der Welt“ – in der Amtszeit des 43. US-Präsidenten ist das Ansehen der westlichen Führungsnation in den Keller gerauscht.

In Westeuropa haben sich die Sympathiewerte der USA fast halbiert, in der Türkei fielen sie um drei Viertel. Und fragt man nach Bush persönlich, wird es noch schlimmer. Selbst die Bürger der Nachbarstaaten Kanada und Mexiko halten George W. in etwa für so sympathisch – und so gefährlich – wie den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad. Eine gerade veröffentlichte BBC-Umfrage zeigt zudem, dass weltweit eine Mehrheit glaubt, die Terrororganisation al-Qaida sei durch Washington eher gestärkt worden. Ausgerechnet in Ägypten und Pakistan, zwei Staaten, die besonders hohe US-Finanzhilfe erhalten, hat die Qaida absurderweise sogar ein besseres Image als die USA.

Wie konnte es so weit kommen? Was bleibt von der Ära Bush? Und kann ein Neuer im Weißen Haus das Ruder herumreißen?

George W. gibt sich in dieser Abenddämmerung seiner Präsidentschaft unter Freunden betont relaxt. Er hat sich seine eigene Bushworld gezimert, in der alles seinen Platz hat. In dieser Welt gibt es kein Versagen. Sie ist eine Rüstung, die ihn schützt. Sie ist ein Kosmos, ein virtueller, manichäischer Kosmos, in dem alles klare



Teheran (2004)

Demonstrationen gegen amerikanische Menschenrechtsverletzungen mit Abu-Ghuraib-Folterbildern

Konturen hat, Gut und Böse, Täter und Opfer. Und in dieser Welt wird jeder, der nicht „für uns“ ist, zum verachtenswerten Gegner.

Wenn Bush jemand mit kritischen Fragen zu nahe kommt wie der Journalist Bob Woodward, dann mimt er den Vergesslichen. Wie war das damals mit dem entscheidenden Memo im Irak-Krieg? Ach, sagt der Kriegspräsident, ich hatte damals so viel um die Ohren, und heute ist es auch

WAS KÖNNTE MEHR PANIK AUSLÖSEN, ALS VON BUSH BERUHIGT ZU WERDEN?

nicht besser, wenn Sie wüssten, was hier so alles anfällt. Und wenn der Pulitzerpreisträger dann nachbohrt, kann Bush durchaus schroff werden, der Dauerlächler mutiert zum Basta-Präsidenten.

George W. Bush wird von seinen Republikanern nach sieben Jahren republikanischer Herrschaft gemieden wie jemand, der eine ansteckende Krankheit hat. Ganze 14 Sekunden öffentliche Zweisamkeit gönnt ihm der republikanische Präsidentschaftskandidat John McCain, 14 Sekunden auf dem Rollfeld vor der Air Force

One, an einem Tag im Mai 2008. Eine gepanzerte schwarze Limousine fährt heran, Geheimdienstagenten öffnen gleichzeitig die Türen, Bush und McCain treffen sich in einem genau choreografierten Winkel vor den aufgebauten Kameras, der Präsident kneift die Frau des Kandidaten in die Wangen, schüttelt die Hand seines Parteifreundes, McCain dreht sich weg, als fürchte er eine Verfolgung, Bush springt die Fluchtzeugtreppe hinauf. Das war's.

Beim Parteitag im September wird er lediglich zugeschaltet. Ein Hurrikan, der einmal mehr New Orleans bedroht, erfordert die Anwesenheit des Präsidenten im Katastrophengebiet. Die Republikaner vermischen ihn nicht. Die Einzige, die in St. Paul mehr als einen freundlichen Halbsatz über den Präsidenten sagt, ist seine Frau Laura.

Selbstzweifel sind George W. fremd. Mitleid hasst er. Warum sollte ihn auch jemand bedauern, ihn, den Mann mit dem „besten Job der Welt“, der ihm nicht etwa schwierige oder befriedigende Erfahrungen geschenkt hat, sondern, wie er sagt: „freudige“. Nur Kleinigkeiten deuten auf das kommende Amtsende hin. „Du kannst hören, wie sich sein Texas-Akzent wieder in die Sprache einschleicht und sein Ich-bin-Präsident-Akzent zurückgeht“, sagt ein Bush-Intimus über die lähmende Lang-



New York City (2005)

und einer Präsidentenmaske: „Kernschmelze präsidienteller Führung“

samkeit des Abschieds. Tatsächlich seien ihm die katastrophalen Umfrageergebnisse weitgehend gleichgültig, meint der Vertraute; aber wenn George W. Bush sage, sein Vermächtnis interessiere ihn nicht, dürfe man das nicht glauben.

Auf seinem Nachttisch liegt eine Churchill-Biografie, in seinem Büro steht eine Büste des britischen Staatsmanns; Winston Churchill, konsequent und rücksichtslos und weitsichtig im Kampf gegen das Böse, ist sein politisches Vorbild. In Amerika vergleicht Bush sich am liebsten mit Harry Truman, der sich trotz seiner Unpopularität nicht von jenem Weg abbringen ließ, den er als richtig erachtete, und der nun, lange nach seinem Ableben, für seine ruhige Hand im Kalten Krieg vielen als rehabilitiert gilt.

Truman der Zweite, das wäre George W. gern. „Seine Ansicht von Führung ist, auch gegen Widerstand das Richtige zu tun“, sagt Michael Gerson, ein früherer Bush-Berater. Der Präsident selbst formuliert auf die Frage nach seinem Vermächtnis nicht ganz so elegant: „Mein historischer Platz? Ich weiß nicht, Geschichte beginnt doch erst, wenn man tot ist.“

Doch die Urteile lassen nicht auf sich warten. Bei einer neuen Umfrage unter 109 Historikern bewerteten 107 seine Amts-

zeit als Versagen, 61 Prozent sehen George W. Bush gar als schlimmsten US-Präsidenten aller Zeiten. „Es gab noch niemals eine vergleichbare Kernschmelze präsidienteller Führung. Es ist ein schrecklicher, gefährlicher Verlust, denn die ganze Welt schaut zu“, meint Peggy Noonan, die frühere Chef-Redenschreiberin des republikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Der Historiker und Autor Douglas Brinkley: „Seine Bilanz sieht vernichtend aus. Er ist ein Spieler, er hat alles auf den Irak gesetzt.“

„Spieler“ und „Irak“ – das sind die Schlüsselbegriffe im Leben und Arbeiten des George W. Bush, und sie werden es wohl in alle Ewigkeit bleiben.

Der Irak ist die große außenpolitische Wunde, auch wenn das Ausmaß der Gewalt in Bagdad und einigen Provinzen zurückgegangen ist. Der Krieg hat das Völkerrecht verletzt, die Alliierten gespalten, die Amerikaner in ihrem Wertesystem und ihrer Selbstachtung verwundet. Jenseits der enormen finanziellen Kosten fallen vor allem die menschlichen Tragödien ins Gewicht: Mehr als 4000 amerikanische Soldaten verloren ihr Leben und wohl über 100 000 Zivilisten; über 4 Millionen Iraker, Männer, Frauen und Kinder, sahen sich zur Flucht gezwungen.

Es mag immer wieder Debatten geben, ob es „vernünftig“ war, das brutale Regime Saddam Husseins mit militärischer Gewalt zu stürzen und Besatzungsmacht zu werden: Viel spricht gegen diesen Kurs, er hat Amerikas politisches Ansehen untergraben (sowie Irans Einfluss als Regionalmacht gestärkt) und selbst unter US-Freunden den Verdacht weiter genährt, es gehe Washington nur um Öl und Militärbasen.

In einer anderen, genauso entscheidenden Frage aber erübrigen sich Debatten, da ist der Sündenfall dokumentiert: Es existiert „nicht länger der leiseste Zweifel“ („The New Yorker“), dass die Bush-Regierung die amerikanische Öffentlichkeit sowie das Parlament belogen und manipuliert hat, um Unterstützung für den Angriff zu bekommen. Auch dass der Krieg inkompetent geführt wurde, gilt heute als unbestritten. Ein Fehler des Pentagon, aber auch ein gravierendes Missmanagement im Weißen Haus, das sich in einen Siegesrausch hineingeredet hat. „Das Problem im Irak ist der Präsident selbst“, sagt der früher dort kommandierende General George Casey.

Schwer wiegt die Schande der Menschenrechtsverletzungen von Guantanamo und Abu Ghuraib, für die Bushs Regierung ebenso Verantwortung trägt wie für das skandalöse und mit einem Rechtsstaat unvereinbare Aufweichen des Folterverbots: Der Chef im Weißen Haus soll eigenhändig das Waterboarding abgesegnet haben, die Scheinertränkung von Delinquenten.

Obwohl die rechtsstaatlichen Institutionen in den USA weiter funktionierten, die freie Presse kritisch recherchierte, das Oberste Gericht gleich zweimal einen Verfassungsbruch der Bush-Regierung konstatierte und Veränderungen erzwang – die Welt sieht die Vereinigten Staaten im moralischen Niedergang.

Und der Vertrauensverlust in die Supermacht USA wird verstärkt durch deren offen zur Schau getragene Verachtung für internationale Organisationen wie die Uno, für Vereinbarungen wie die Genfer Haftlings-Konvention sowie durch die mangelnde Bereitschaft, als größter Luftverschmutzer der Welt die drängenden Probleme des Klimawandels ernst zu nehmen.

Auch die Binnenbilanz der Bush-Jahre fällt katastrophal aus: Die nationalen Schulden haben sich fast verdoppelt, auf unfassliche zehn Billionen Dollar. Die Zahl der Menschen ohne Gesundheitsversicherung stieg um über 8 auf 47 Millionen; die der Menschen, die unter der Armutsgrenze leben, um fast 6 Millionen. Die Steuererleichterungen für die Reichsten verschärfte die in den USA ohnehin schon extremen sozialen Gegensätze: Jede Woche wird das Top-Prozent der US-Verdiener allein durch die Steuergeschenke um durchschnittlich tausend Dollar reicher, für

das untere Fünftel summiert sich der Zuwachs auf 1,50 Dollar.

George W. Bush erträgt das, weil er über ein Wertesystem verfügt, das ihn mit sich selbst im Reinen sein lässt. Der Mann, den sein Über-Vater (und Vorgänger im Amt) mehr als einmal zum Versager erklärte, der Alkoholiker war und sich dann als fundamentalistischer Christ aus dem Sumpf befreit hat, klammert sich an seinen Glauben und die Überzeugung, dass „der da oben“ ihm die richtigen Ratschläge eingibt. Mit Gott an seiner Seite kompensiert er sein Suchtverhalten – in Wirklichkeit prägt es ihn weiter.

„Er ist der Erste, der zugibt, dass er eine Suchtpersönlichkeit ist und dass er diese Schwäche in konstruktive Bahnen lenken muss“, sagt sein Freund Dan Bartlett.

Wie ein Besessener hat George W. Bush alle Warnungen in Sachen Irak-Krieg in den Wind geschlagen; wie ein Abhängiger klammert er sich derzeit – in den Zeiten der schlimmsten Finanzkrise der letzten 50 Jahre, die eigentlich seine ganze Aufmerksamkeit erfordern müsste – an Sporttermine. Er fährt stundenlang Rad, immer längere, schwierigere Strecken. Er stürzt sich in Eröffnungsfeiern für lokale Tennis-, Baseball- und Softball-Events.

Ein Mann auf der Flucht. Vor sich selbst und vor seinem Vermächtnis. Und offensichtlich fassungslos beobachtet er, wie die Welt es liebt, ihn zu hassen – und wie selbst enge Freunde das sinkende Schiff verlassen, das er noch zu steuern vorgibt.

Eine Buchvorstellung in Washington D. C., Mai 2008. Der Mann, der sie abhält, ist ein Profi. Er heißt Scott McClellan, war Pressesprecher des Präsidenten und galt als ein loyaler, von der Politik seines Herrn zutiefst überzeugter Repräsentant des Weißen Hauses. Doch jetzt preist er nicht mehr die Errungenschaften der Regierung. Scott McClellan, 40, rechnet mit seinem Arbeitgeber ab. Mit einer Verve und Härte und Gnadenlosigkeit, wie es nur enttäuschte Liebhaber tun können.

„What Happened“ – „Was wirklich im Weißen Haus passiert ist und Washingtons Kultur der Täuschung“ heißt sein Buch, und schon am Erscheinungstag ist klar: ein neuer schwerer Schlag für den Präsidenten, der McClellan bei dessen Abschied nach fast drei Jahren aus dem White-House-Job im Jahr 2006 als einen der „Besten in unserem Land“ gepriesen und dessen „Klasse und Integrität“ er gewürdigt hatte. Viel näher können die Einschläge nicht mehr kommen. Fassungslos habe der Präsident den Text der Buchklappe gelesen und dann das

Werk verärgert ins Eck geworfen, will ein White-House-Insider erfahren haben. „Scottie“ McClellan kennt Bush seit der Zeit in Texas. Er bewunderte ihn immer noch, sagt der Ex-Pressesprecher bei der Buchvorstellung, er halte George W. nicht für einen schlechten Menschen – nur für einen Schwachen, einen Verführbaren und Verführten. Er konstatiert bei seinem früheren Chef eine extreme Analyse-Aversion und ein autosuggestives Wunschenken: „Instinkt statt Intellekt“. Nach und nach erst, sagt der langjährige Bush-Kumpel, habe er durchschaut, wie im Weißen Haus Politik gemacht werde. Allzu oft sei es nur darum gegangen, „Informationen im Interesse des Präsidenten zu manipulieren“. Den amerikanischen Medien wirft Bushs früheres Sprachrohr nicht ohne ein gehöriges Maß an Chuzpe vor, zu gutgläubig und zu wenig kritisch gewesen zu sein.



Pro-Bin-Laden-Marsch in Pakistan (2001): Hat Bush al-Qaida gestärkt?

Die Journalisten atmen tief durch. Ist dieser Mann ein Judas, der sein Fähnlein nach dem Wind hängt und mit solchen Enthüllungen nur ein paar Silberlinge abkassieren will? Oder ein echt Enttäuschter, ein aufrechter Konservativer, der die Verfehlungen der Bush-Regierung aus Überzeugung und Gewissensnot anprangert?

Die Kritiken sind überwiegend negativ. Spitz merken die Kommentatoren an, McClellan habe seine Zweifel erstaunlich gut versteckt, seine „Läuterung“ vor jedermann verborgen gehalten. Inhaltlich zweifelt kaum einer an McClellans Darstellung. Wenige Wochen nach Erscheinen seines Buches steht McClellan an der Spitze der Bestsellerlisten. Nun denkt er über eine eigene Karriere in der Politik nach. Oder im Journalismus. Und hat am vergangenen Freitag eine Wahlempfehlung für Barack Obama ausgesprochen.

Bush als Punchingball, Bush als Schuldiger an allem, Bush als Hassobjekt, auf das man sich einigen kann – ein beliebtes

Spiel. Dabei habe er sich doch, sagen viele Experten, in seiner zweiten Amtszeit geändert. Er, der US-Kriege allenfalls mit Ad-hoc-Koalitionen, aber ohne widerpenstige Alliierte führen wollte, sei wieder auf die Verbündeten zugegangen.

Die Verhandlungen an der Seite der Chinesen, Russen, Südkoreaner und der Japaner mit Nordkorea, die zu einem noch reichlich wackeligen Stopp des Atombombenprogramms geführt haben; der vorsichtige Anschluss an die europäischen Verhandlungspartner in der Frage des iranischen Nuklearprogramms, ja, die ersten direkten diplomatischen Kontakte mit den Gegnern in Teheran; die späte, zu späte, diplomatische Initiative in Sachen Israel und Palästina; die bislang allerdings lediglich verbale Aufgabe der Hardliner-Position in Sachen Klimaschutz – sind das nicht alles Anzeichen, dass George W. zwischenzeitlich geläutert ist, wenigstens ein bisschen?

Richtig ist: Die Alliierten haben von den Entscheidungen des Präsidenten nicht mehr nur aus den Zeitungen erfahren, und richtig ist auch, dass jetzt, da die Finanzkrise zur Wirtschaftskrise wird, das Kind also bereits in den Brunnen gefallen ist, die Bereitschaft zu echter internationaler Zusammenarbeit in Washington womöglich höher ist als in Berlin. Wahr ist aber auch, dass einer diese Wandlungen nicht wahrhaben will – der Präsident selbst. Die „New York Times“ berichtete kürzlich über ein Gespräch des Militärhistorikers Max Boot mit dem Präsidenten, in dem der Wissenschaftler auf

die Kurswechsel des Weißen Hauses während der zweiten Amtszeit hinwies. Nichts da, entgegnete Bush geradezu empört: „Kurswechsel? Das stimmt nicht. Ich habe von Tag eins an für die Freiheitsagenda gearbeitet, alles was ich mache, hängt damit zusammen.“

Dabei ist klar, dass sich nicht nur der Präsident, sondern seine ganze Mannschaft dieser Agenda verpflichtet wusste und mithin das Bröckeln von Amerikas einzigartiger Machtstellung zu verantworten hat. Es ist die Mannschaft seiner ersten Jahre: Richard Cheney, der Vizepräsident; Donald Rumsfeld, der langjährige Verteidigungsminister; Condoleezza Rice, die Ex-Sicherheitsberaterin und heutige Außenministerin; Colin Powell, ihr Vorgänger im State Department.

Cheney, 67, verbindet mit dem Mann im Weißen Haus eine Gemeinsamkeit: Auch er hatte als junger Mann Probleme mit Alkohol, wie sein späterer Chef George W. saß er mit Promille im Blut am Steuer und verlor den Führerschein. Aber bei Cheney gab es keinen prominenten Über-Vater, er



stammt aus einer Mittelklasse-Angestelltenfamilie. Mit eisernem Willen bekämpfte er seine Schwächen. Ihn interessierten Big Business und die große Politik, und wie sie sich möglichst lukrativ und karrierefördernd verbinden ließen. Skrupel waren ihm stets fremd. Schon in den sechziger Jahren lernte er Rumsfeld kennen, der ähnlich gestrickt war – Beginn einer lebenslangen Freundschaft.

Nach Spitzenjobs, erst in Washington, dann in der Ölindustrie, stieß Cheney 2000 zu Bush juniors Wahlkampfteam und zog die Aufgabe an sich, nach einem Vize zu suchen. Er spielte alle möglichen Kandidaten so geschickt gegeneinander aus und verschwieg seine schwere Herzkrankheit, dass in Bushs Augen bald nur noch einer für den Job des zweiten Mannes im Staate übrig blieb: Cheney selbst. Dem Präsidenten intellektuell weit überlegen und immer bereit, auch Kabinettsmitglieder auszutricksen, wurde „Dick“ der mächtigste Vizepräsident der amerikanischen Geschichte – und, mit seinem anbieternden Geschick und seiner knallharten Durchsetzungskraft im Weißen Haus, der wohl mächtigste Mann der USA.

Wenn bei Bushs Entscheidungen möglicherweise religiöse Überzeugungen und ein messianischer Eifer, die Demokratie zu exportieren, eine Rolle gespielt haben – „wohlmeinender Imperialismus“ nennen die Politologen das –, so war Cheney Machtpolitiker par excellence. Pipelines, Ölreserven und Militärstützpunkte hießen seine Maximen: Amerikas Machtausweitung um jeden Preis. Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verlor er jede Zurückhaltung: „Wir müssen auch auf der dunklen Seite arbeiten. Wir müssen Zeit verbringen in der Schattenwelt der Geheimdienste und alle Mittel nutzen, die zur Verfügung stehen.“ Das hieß: auch Folter, auch Verschleppung Verdächtiger. Die Verfassung war für Cheney stets ein weit auslegbares Dokument. „Darth Vader“ lautet sein Spitzname, nach dem Fürsten der Finsternis aus den „Star Wars“-Filmen.

Cheney's Freund Rumsfeld, 76, Navy-Pilot, Falke und Präventivkriegstreiber, hatte einige Zeit als Star im Bush-Kabinett gegolten – schlagfertig, witzig und zynisch. Dann schlug das Missmanagement des Irak-Kriegs über ihm zusammen, auch für die Menschenrechtsverletzungen von Abu Ghuraib war er politisch verantwortlich – ohne die Verantwortung auch wirklich zu übernehmen. Im November 2006 war er als Pentagon-Chef nicht mehr zu halten. Bush lobte ihn beim Abschied als „exzellenten Führer in einer Zeit des Wandels“, der die „Welt sicherer“ gemacht habe.

Inzwischen sind interne Memoranden bekannt, in denen Rumsfeld Mitarbeitern



Oberbefehlshaber Bush (2003), US-Kriegsopfer
„Das Problem ist der Präsident selbst“

seine Anweisungen diktiert: „Spielt weiter die Bedrohung hoch“, heißt es da beispielsweise. Und: „Macht den Amerikanern klar, dass sie von gewalttätigen Extremisten umzingelt sind.“ Seine Verachtung für Muslime zeigte er mit der Bemerkung, diese vermieden „körperliche Arbeit“. Sein Credo: „Menschen suchen nach Führung. Opfer ist gleich Sieg.“

Mit persönlichen Opfern hat es „Rummy“ weniger. Seit seinem erzwungenen Amtsverzicht lässt er sich häufig mit einem Learjet zu seiner 20 Hektar großen Ranch in New Mexico fliegen, jagt dort Kojoten und bearbeitet die Bäume mit der Kettensäge. Ansonsten ist der Ex-Pentagon-Chef in Maryland zu Hause, Cheneys Anwesen liegt ums Eck. Er ist der Einzige von früher, den er noch trifft.

Rumsfeld schreibt Memoiren. Er bereut nichts und schläft gut. Die Demonstrationen, die ihn als „Kriegsverbrecher“ bezeichnen und ihn vor das Haager Tribunal bringen wollen, ignoriert er, auch wenn sie nahe an seine Ranch herankommen. „Dies ist ein freies Land, die Leute können sagen, was sie wollen.“

Cheney und Rumsfeld haben Condoleezza Rice nie ganz vertraut. Zu manchen Sitzungen wurde sie einfach nicht eingeladen; bei Terminen, zu denen sie bat, fehlte Rumsfeld häufig unentschuldig, so dass die Außenministerin schon mal in Tränen ausbrach. Von einem Pentagon-eigenen Geheimdienst, der an der CIA vorbei den Hardlinern Vorwände für Kriegsvorbereitungen liefern sollte, erfuhr sie nichts. Sie galt den Herren als vernachlässigbare Größe. Und das, obwohl sie bei George W. Bush stets ein offenes Ohr fand und in Sachen Intelligenz hinter den beiden Strippenziehern nicht zurückstehen muss.

Rice, 53, brillant, zielstrebig, sachkundig in Nuklearfragen wie in klassischer Diplomatie, ist dennoch oder gerade deshalb eine der größten Enttäuschungen der Bush-Jahre. Sie hat kritiklos zu dem Präsidenten aufgeschaut, statt ihn aus seinen gefährlichen Träumen aufzuwecken. Sie war Bushs Stichwortgeberin statt sein Korrektiv.

Die USA dürften nicht mit Angriffen gegen Feinde warten, bis ein „Atompilz über New York“ stünde, forderte sie im Sinne des Chefs und nannte den Sturm auf Bagdad „antizipatorische Selbstverteidigung“. Sie exkulperte die USA, weltweit der Umweltschutzmutter Nummer eins, indem sie die Kyoto-Auflagen eine „Totgeburt“ nannte. Sie sah den Chef bei Familienfeiern auf seiner Ranch, begleitete ihn zum Fischen und half ihm beim Puzzeln, sang

an Bord der Air Force One Kirchenlieder mit ihm. Doch wenn es darauf ankam, blieb sie stumm und nickte. Die Dame war nicht fürs Feuer. Erst in den letzten Monaten, als es zu spät war, gewann sie in Nahost mit deutlichen Worten gegen die völkerrechtswidrige israelische Siedlungspolitik etwas an Kontur.

Colin Powell, 71, war der größte Verlierer der Bush-Mannschaft – und könnte nun doch noch zum größten Gewinner werden.

Als Vorgänger von Rice war er ein Ausbund an Schwäche und falsch verstandener Loyalität. Er argumentierte zwar als Einziger im inneren Kreis der Macht gegen den Irak-Krieg, aber hielt – ganz befehlsgeohnter Militär – dem Präsidenten im entscheidenden Moment den Rücken frei. Der Mann, der für Bush senior den von der internationalen Gemeinschaft genehmigten Golfkrieg um Kuwait gewinnen half, akzeptierte einen einseitigen amerikanischen

Job“, bescheinigt McCain eine unausgeglichene Wirtschaftspolitik und preist dessen Konkurrenten als einen „Politiker, der Amerika verwandeln kann“.

Beginnt für den Sohn jamaikanischer Immigranten, der schon in den achtziger Jahren unter Präsident Ronald Reagan Nationaler Sicherheitsberater war und als republikanischer Vorzeigepolitiker galt, eine neue Karriere in einer demokratisch geführten Regierung? Obama will das nicht ausschließen, Powell selbst hält sich bedeckt. Und genießt offensichtlich auch die persönliche Vergeltung für die zahlreichen Demütigungen, die ihm unter Cheney, Rumsfeld und Bush junior zugefügt wurden. Sie alle spielen nicht mehr richtig mit im Konzert der Mächtigen. Er schon.

Powell rächt sich an George W. mit politischer Finesse, andere wollen die Gerichte bemühen – auch das bleibt im „Land der Freien“ immer eine Option.

Scharf die Bügelfalten, scharf die Furchen in einem Falkengesicht, scharf die Formulierungsgabe: Gegen diesen Mann, eine Hollywood-Idealbesetzung für den Kampf gegen das Verbrechen, möchte man nicht im Gerichtssaal antreten. 21 Mordfälle hat er als Staatsanwalt betreut, 21 Mordprozesse hat er gewonnen.

Vincent Bugliosi, 74, gilt als Legende der amerikanischen Strafjustiz. Er hat 1971 Charles Manson lebenslanglich ins Gefängnis gebracht – obwohl der Satanist damals gegen Sharon Tate nicht selbst zur Waffe griff. Nun will Bugliosi einen neuen spektakulären Fall vor Gericht sehen: Er möchte George W. Bush anklagen. Wegen tausendfachen Mordes. Meint er das ernst? Oder ist es nur ein PR-Gag, um durch die Talkshows zu tingeln und zur Befriedigung des eigenen Ego ein höchst provozierendes Buch unters Volk zu bringen?

Wer Vincent Bugliosi begegnet, bemerkt schnell zwei Dinge: Dem Mann ist Eitelkeit nicht fremd. Er versteht es, sich und seine Fälle medial zu verwerthen. Aus dem Manson-Prozess entstand mit „Helter Skelter“ das meistverkaufte Real-Crime-Buch der Geschichte. Aber man bemerkt auch: Bugliosi ist zornig, aus tiefster Überzeugung zu einem Kreuzzug gegen George W. Bush entschlossen.

Wenn der Präsident den Irak-Krieg begonnen hätte, um eine immanente Gefahr vom amerikanischen Volk abzuwenden, gäbe es keinen „Fall“, argumentiert Bugliosi in „Anklage wegen Mordes gegen George W. Bush“. Da er aber nach Meinung des Juristen „wider besseres Wissen“ eine immanente Gefahr



Banker an der New Yorker Börse: „Historische geopolitische Wende“

Angriffskrieg. Und untermauerte im Februar 2003 die Sache mit einer flammenden Rede vor dem Uno-Sicherheitsrat.

Keines der von Powell angeführten „Beweismittel“ in Sachen Massenvernichtungswaffen hielt einer Prüfung stand, es war ein Kartenhaus aus Lügen. Als „Schandfleck“ seiner Karriere empfand Powell selbst später diesen Auftritt und fühlte sich missbraucht. Erst als sein Rücktritt nichts mehr bewegen konnte, zog er die Konsequenzen. Er schrieb Bestseller-Memoiren, hielt Vorträge, schien sich von der aktiven Politik verabschiedet zu haben. Bis er vorletztes Wochenende eine Bombe platzen ließ: Powell, der Republikaner und schwarze Aufsteiger, sprach eine Wahlempfehlung für Obama aus, den Demokraten und schwarzen Aufsteiger. Da jedermann weiß, dass Powell seit Jahrzehnten mit McCain befreundet ist, hat diese Unterstützung besonderes Gewicht.

Der General geht in der Begründung für seine Entscheidung noch weiter: Er nennt die republikanische Vizepräsidentenskandidatin Sarah Palin „nicht fit für den



ERIC DRAPER / AP

Partner Bush, Cheney in ihrem Wahlkampfbus (2000): „Wir müssen alle Mittel nutzen, die zur Verfügung stehen“

durch Saddam Hussein konstruiert und die Nation in einen „verbrecherischen Krieg“ geführt habe, sei er verantwortlich. Auch für den Tod jedes einzelnen der über 4000 umgekommenen US-Soldaten. „Die bewusste Täuschung der Öffentlichkeit ermöglicht eine Anklage wegen Anstiftung zum Mord“, sagt der Starjurist.

Nach Bugliosis Rechtsauffassung kann jeder Bezirksstaatsanwalt Bush wegen Mord oder Verschwörung zum Mord anklagen – und zwar jeweils im Namen der Soldaten, die dort ihren Wohnsitz hatten und im Irak getötet wurden. „Wenn schon gegen Bill Clinton wegen der Vertuschung einer Sexaffäre ein Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wird, wollen wir dann ernsthaft George W. davonkommen lassen?“, fragt der Provokateur theatralisch, wirft den Kopf zurück, ein Showmaster mit einer Mission.

Noch leckt Amerika seine Wunden. Noch berauscht sich die Nation an einem Wahlkampf, der spannender und auch substantieller ist, als es jeder andere in den vergangenen Jahrzehnten war. Aber der neue Mann im Weißen Haus erbt zwei kostspielige und kaum zu gewinnende Kriege, ein Rekorddefizit und eine tiefe Rezession, die seinen Handlungsspielraum erheblich einschränken werden. Welche Möglichkeiten hat der kommende, der 44.

Präsident der Vereinigten Staaten überhaupt noch – und welcher der beiden Kandidaten kann die Herausforderungen besser bewältigen?

Die USA befinden sich mitten in einem tiefgreifenden Wandel. Alles, wofür das Land berühmt war, steht heute international und national auf dem Prüfstand: Die „liberale Demokratie“ nach Washingtons Muster gilt nicht mehr unbedingt als bester Weg zu gesichertem Wohlstand, seit die deregulierte US-Wirtschaft ihr Fiasko erlebt und das Credo vom freien Spiel der

DER REPUBLIKANER POWELL BÜGELT EINEN „SCHANDFLECK“ AUS – UND HILFT OBAMA.

Märkte in sich zusammengebrochen ist; das Wort „Demokratie-Export“ ist für einen Großteil der Welt zu einer Chiffre für einseitige Militärinterventionen, für Hegemonialbestrebungen geworden.

Ausgerechnet Staaten, die autoritär regiert werden, bestimmen derzeit über ihre Devisenreserven und ihre Staatsfonds wesentlich die wirtschaftliche Zukunft der USA mit: die Volksrepublik China, Singapur oder die Vereinigten Arabischen Emirate. Und auch Europa, lange Zeit jenseits des Großen Teichs als „Wirtschafts-

museum“ und „sozialistisch verseuchte Zone“ verspottet, sieht nach Ansicht der „International Herald Tribune“ nun „ziemlich smart“ aus: „Größeres staatliches Wirtschaftsengagement, Konsumsteuern als Anreiz fürs Sparen, ein umfassenderes soziales Netz wirken angesichts des Beinah-Kollapses der Wall Street weit-sichtig.“

Viele „Neocons“, die Bushs Kurs intellektuell beförderten, haben sich nun davongestohlen – so beispielsweise Richard Perle oder David Frum: Sorry, Jungs, war nur so eine Idee. Nur wenige aufrechte amerikanische Konservative wie der McCain-Berater Robert Kagan glauben immer noch, die USA blieben „auf jeden Fall die Nummer eins“ (siehe Seite 126). Im Augenblick jedenfalls, sagen die inzwischen die Diskussion bestimmenden Vor-denker der Demokraten, seien die Vereinigten Staaten ein Imperium im Niedergang. Und sie fordern, das Land solle sich dieser Erkenntnis stellen und die Chancen ergreifen, die in jeder Krise stecken.

Das Modell Amerika ist ihrer Meinung nach zumindest vorübergehend diskreditiert. In der Dritten Welt finden viele eine Autokratie à la China attraktiver – mit einem die Freiheit des Einzelnen zugunsten des Staates einschränkenden Staatskapitalismus. In Europa sieht man die Defizite des Autoritarismus, wünscht sich aber un-



Flutopfer in New Orleans (2005), Privatflugzeuge bei New York: *Extreme Unterschiede zwischen Arm und Reich*

ter Beibehaltung einer freien Marktwirtschaft mehr staatliche Regularien. Der bekannte britische Philosoph und Autor John Gray spricht gar von einer „historischen geopolitischen Wende: Die Ära der amerikanischen Führung ist vorbei“.

Was tun?

Der Nachfolger George W. Bushs müsste in einer Welt, in der (vor allem im arabischen Raum) die Menschenpyramide von Abu Ghuraib die Freiheitsstatue als Symbol der USA abgelöst hat, als Erstes versuchen, die moralische Autorität Amerikas wiederherzustellen. Dazu gehören die sofortige Schließung des Gefangenenlagers von Guantanamo, eine unmissverständliche Beendigung der bisherigen CIA-Praktiken wie die Entführung Terrorverdächtiger, eine Ächtung jeder Form von Folter. An der Heimatfront muss der Neue die Wall Street disziplinieren und regulieren, das Gesundheitssystem von Grund auf reformieren, ein rigoroses Energiesparprogramm auflegen und das Steuersystem wieder so ins Lot bringen, dass Superreiche zur Kasse gebeten und die Mittel- und Unterschicht entlastet werden.

Außenpolitisch sollte sich der neue US-Präsident verpflichten, wieder verstärkt mit internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, sich auf verbindliche Richtlinien zur Begrenzung von Treibhausgasen einlassen, dem Internationalen Strafgerichtshof beitreten, auf eine Modernisierung seines Nukleararsenals verzichten. In den internationalen Beziehungen könnte sich ein Zeitalter der Di-

plomatie anbahnen, das ungewöhnliche Schritte erfordert: einen zügigen Abzug aus dem Irak, der die Vorstellungen der dortigen Bevölkerung respektiert; Verzicht auf eine amerikanisch-britische Sonderstellung bei der Ausbeutung der Ölreserven; eine Strategie für Afghanistan, die eine neue Basis für den internationalen Terrorismus verhindert, aber neben militärischen Strafexpeditionen den zivilen Wiederaufbau viel stärker berücksichtigt und auch ungewöhnliche Schritte wagt – wie die Einbeziehung „gemäßigter“ Taliban in den Friedensprozess.

AMERIKA VERLIERT GERADE SEIN GRÖSSTES PLUS – SEINEN ZUKUNFTSOPTIMISMUS.

Im weltweiten ideologischen Wettstreit spricht viel dafür, dass der Nachfolger Bushs im Weißen Haus den Kampf um das bessere System offensiv angehen könnte, an der Seite Europas. Und dass er sich mit allen diplomatischen Mitteln um eine Lösung im Iran-Konflikt bemüht, die Atombombenpläne Teherans zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern.

Für die Europäer könnte dieses neue Amerika allerdings teuer werden. Egal wer in zehn Tagen die Wahl gewinnt, der Sieger wird die Alliierten freundlich an den Verhandlungstisch bitten – und hohe Forderungen stellen: mehr Mittel für den Aufbau des Irak, mehr Einsatz für den Krieg in

Afghanistan. Kann John McCain, 72, Amerikas Herkules-Aufgaben stemmen, kann es eher Barack Obama, 47?

„McCain ist ein Kämpfer, seine Kriegsbereitschaft hat sich in Wahrheit während der letzten Jahre gesteigert, seit er den Neokonservativen in sich entdeckt hat“, schreibt Fareed Zakaria, „Newsweek“-Chef und Autor des Bestsellers „The Post-American World“. „Er will die Schlacht im Irak fortführen, spricht beiläufig über die Möglichkeit, Iran zu bombardieren, will Russland aus der G8 werfen, China demütigen. Das ist Kalter-Krieg-Nostalgie, nicht eine Strategie fürs 21. Jahrhundert.“

Auf der anderen Seite der demokratische Kandidat Obama: Ihn sieht Amerikas einflussreicher Autor als Mann für den Neuanfang und als großen Inspirator. „Man muss sich vorstellen, was das für die Menschen in aller Welt bedeutet, wenn sie sehen, dass Amerika einmal mehr die Zukunft erfindet.“

Ein gewaltiger Schub von Selbstvertrauen ist nötig, denn Amerika beginnt sein größtes Plus zu verlieren: seinen notorischen Zukunftsoptimismus. Die Zahl derer, die glauben, es werde ihnen in fünf Jahren bessergehen als heute, ist nach einer Untersuchung des Pew Research Center jetzt auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Erhebungen vor 44 Jahren – und sie wurde sogar noch einige Wochen vor dem Zusammenbruch der Wall Street durchgeführt.

George W. Bush wird Mitte November beim Weltfinanzgipfel mit den Führern der



Präsident Bush im Weißen Haus: „Seine Ansicht von Führung ist, auch gegen Widerstand das Richtige tun“

wichtigsten Staaten der Erde in New York die „lahme Ente“ sein. Möglich, dass er seinen Nachfolger zu den Gesprächen dazubittet; es wäre sinnvoll, denn die Beschlüsse werden Bushs Amtszeit nur noch streifen, aber die Ära des Neuen entscheidend prägen.

Man kann es tragisch, komisch oder entlarvend nennen, dass der Präsident ausgerechnet mit der Aufgabe aus dem Amt scheidet, an einer neuen Weltwirtschaftsordnung mitzuarbeiten, gegen die er sich lange gestraubt hat und die er nun aber in Kooperation mit allen potentiellen Rivalen beim Kampf um die internationale Vormachtstellung angehen muss.

Aber vielleicht ist es auch nur einfach konsequent für jemanden, der sich auf ein neues Leben einstellt, ohne sich von dem alten zu verabschieden. Der sich die Konturen seines Lebensabends erst erstastet.

Crawford, Texas, ist seine Hometown, „Bush Country“. Auf seine Ranch hier lädt er bevorzugte Staatsgäste ein, der Ort ist die Quelle seiner Lebenskraft, wie er immer wieder betont. Monotone, flache Prärielandschaft, so weit das Auge reicht. 705 Einwohner, sieben Kirchen. Ein „Bush“-Werbeschild, das an einem Getreidesilo auf der Main Street lehnt. Der Wind hat es aus der Verankerung gelöst. Keiner hat es aufgerichtet.

Von den früher sieben Geschäften, die Bush-Souvenirs verkauft haben, sind drei pleitegegangen, und auch die anderen melden schleppende Verkäufe. Zuletzt war vor fünf Monaten im Ort was los, als die Präsidententochter Jenna geheiratet hat. Da hofften die Touristen, einen Blick auf die Braut und ihren Ehemann zu er-

haschen, und okkupierten den Coffee-shop. Aber sie zogen enttäuscht von dannen, sie konnten sich nur im TV anschauen, wie strahlend die Braut im Oscar-de-la-Renta-Designerkleid aussah und wie steif George W. statt Steak und Brezeln Austern und Krabbenparfait reichte.

Während des Präsidentschaftswahlkampfes im Jahr 2000 hatte George W. noch häufig Besuche in seiner Heimatgemeinde gemacht. Als er ins Weiße Haus einzog, organisierte eine Bürgerbewegung Feste zu Bushs Ehren, mit Feuerwerk. Fast geschlossen wählte Crawford seinen berühmtesten Sohn auch in die zweite Amtszeit. 2005 machte dann Cindy Sheehan, die wütende Mutter eines im Irak gefallenen Soldaten, den Ort

„WALL STREET SOFF SICH DIE HUCKE VOLL UND HAT JETZT EINEN KATER.“

vorübergehend zum Hauptquartier der Kriegsprotestler. Das fanden die Einheimischen weniger lustig – die Gemeinde spaltete sich.

Als Bush vor einigen Wochen in Crawford eine Wahlkampfrede hielt, interessierten sich gerade noch ein Dutzend Journalisten für das Ereignis, und auch viele Einheimische blieben zu Hause. Sie werden George W. künftig noch weniger sehen, die Familie sieht sich gerade nach einer Stadtwohnung um. Er will Memoiren schreiben und neben seiner Präsidentenbibliothek an der Southern Methodist University in Dallas ein „Freedom Institute“ gründen.

Das Magazin „New Yorker“ berichtet von seinem launigen Auftritt in Houston. „Wall Street soff sich die Hucke voll und hat jetzt einen Kater“, erzählte ein gutgelaunter Noch-Präsident. „Wissen Sie, wir haben ein Problem mit den Häusern in den USA, die Preise fallen. Aber offensichtlich nicht in Houston, nicht in Dallas, wo sich Laura gerade aufhält und uns heute eins zu kaufen sucht.“

Die Leute lachten. Warum er sich nicht ganz in Crawford niederlasse, wollte ein Zuhörer wissen. „Ich liebe Crawford“, antwortete Bush. „Unglücklicherweise ist nach meinen acht Jahren als Entscheider nun meine Frau dran.“

Und so dürfte das Kaff in die Bedeutungslosigkeit zurückdämmern. Das texanische Hinterland plagen inzwischen ähnliche Sorgen wie ganz Amerika. Franklin Industrial Minerals, der größte Arbeitgeber des Orts, überlegt sich, wegen der gestiegenen Benzinpreise auf eine Viertageweche umzusteigen.

Die meisten haben Angst um ihre Jobs. Vom Vermächtnis des George W. Bush bleibt nicht viel. Ein paar Eintragungen auf einer Granittafel vielleicht, die nah einer Kirche aufgestellt ist. In den schimmernden Stein sind die Namen der örtlichen Todesopfer vergangener Kriege eingraviert, unter anderem die Vietnam-Kriegs-Opfer Charles Jageler, Tommie Lee Symank, „killed in action“. Unter der Vietnam-Liste ist noch viel Platz – und ein Begriff eingemeißelt: „Iraq“.

Es steht da allerdings kein Name. Noch keiner.